P r o t o k o l l
 über die öffentliche Sitzung
 des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
 der Stadt Georgsmarienhütte vom 12.12.2022
 Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181,

Anwesend:

Vorsitz

Beermann, Volker

Mitglieder

Sprekelmeyer, Stephan

Bölscher, Johannes

Büter, Rainer

Dierker, Heinz

Ferié, Friedrich, Dr.

Für Kir, Emine

Kremer, Christian

Für Steinbrink, Tanja

Lietzke, Fabio

Lorenz, Robert

Müller, Arne

Többen, Reinhard

Wallenhorst, Sandra

Weckermann, Irina

Verwaltung

Herzberg, Alexander

Baumann, Jörg

Protokollführung

Böttge, Alexandra

Kocnev, Anna

Fehlende Mitglieder

Kir, Emine

Stellvertretung durch Dr. Ferié,
Friedrich

Steinbrink, Tanja

Stellvertretung durch Kremer,
Christian

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 19.48 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung von Protokollen
2.1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 08/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 20.09.2022
2.2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 13.10.2022
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Übersicht über die laufenden Planungsverfahren
3.2.	Forstarbeiten und Grünflächenpflege 2022/23
4.	KiTa-Standort aufgrund der Baugebiete "Südlich Panoramabad" und "Südlich Schulzentrum"/ Standort einer KiTa in Modulbauweise Vorlage: BV/212/2022
5.	78. FNP-Änderung „Bereich Michaelisschule„ - Abwägung - Entwurfsbeschluss und Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange Vorlage: BV/200/2022
6.	Gesamtstädtische Analyse zur Standortfindung bzgl. Freiflächen-Photovoltaikanlagen Vorlage: BV/226/2022
7.	Antrag auf Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 256 "Rittergut Osthoff" Vorlage: BV/234/2022
8.	Energie- und klimapolitisches Leitbild für die Stadt Georgsmarienhütte Vorlage: BV/223/2022
9.	Gehweganlage im Grünstreifen zwischen Im Loh und Düteweg Vorlage: BV/236/2022
10.	Beantwortung von Anfragen
10.1.	Fertigstellung des schalltechnischen Gutachtens zum OKE-B-Plan
10.2.	Gespräche mit den Grundstückseigentümern und Nutzern, OKE-B-Plan
10.3.	Vorlage des Entwurfs zur Änderung des B-Plans (OKE-B-Plan)
10.4.	LKW-Durchfahrtsverbot Ludwig-Wolker-Straße

11. Anfragen
- 11.1. Erneuerung des Harderberger Weges
- 11.2. Gehweg Von-Galen-Straße
- 11.3. Bunte Fahrräder im Stadtgebiet
- 11.4. Neubau und Betrieb der 380 kV-Höchstspannungsleitung
- 11.5. Begrenzungspfahl bei der Einmündung in die Veilchenstraße

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Beermann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung von Protokollen

2.1. Genehmigung des Protokolls Nr. 08/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 20.09.2022

Ratsherr Sprekelmeyer merkt an, dass die Sitzungen zu den hier zu genehmigenden Protokollen zu lange zurückliege. Aus diesem Grund werde er sich bei den Abstimmungen enthalten.

Es liegen keine inhaltlichen Anmerkungen zu dem Protokoll vor.

Folgender Beschluss wird bei 6 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 08/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 20.09.2022 wird genehmigt.

2.2. Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 13.10.2022

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 7 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 09/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr vom 13.10.2022 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Übersicht über die laufenden Planungsverfahren

Die Abteilung Stadtplanung hat eine Übersicht der laufenden und geplanten Verfahren erarbeitet. Diese ist dem Tagesordnungspunkt als Anhang angefügt.

3.2. Forstarbeiten und Grünflächenpflege 2022/23

Forstarbeiten 2022/2023

Die im letzten Jahr nicht durchgeführten Forstarbeiten sollen in diesem Winter fortgesetzt werden. Die bedingt durch Trockenschäden sowie Käferbefall erforderlich werdende Entnahme von Einzelbäumen wird nicht gesondert dargestellt.

Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt in diesem Winter auf der Herstellung der Verkehrssicherheit in den städtischen Waldflächen.

Talstraße, Kasinopark, Zum Hochholz, Glückaufstraße/Im Nordfeld, Waldwiese.

Eine der Flächen ist der Kasinopark. Dort werden neben der Entnahme von Totholz auch Bäume gefällt. Wo es möglich ist, sollen dann die Bäume in der Krone gekappt werden, so dass die Stämme als stehendes Totholz verbleiben können. So wurde bereits vor Jahren mit zwei Buchen im Bereich des Holsteteichs verfahren.

Die Jungbestandspflege wird in diesem Winter auf folgender Fläche vorgenommen:

Alte Wanne/Schützenstraße.

Die Flächen werden im Internet dargestellt.

Grünflächenpflege 2022/2023

Die Flächen, auf denen Grünpflegearbeiten in diesem Winter stattfinden, werden ebenfalls im Internet dargestellt.

Grünanlage Forellental / Haydnstraße

Grünanlage Heheland

Grünanlage Im Mühlenbruch

Spielplatz Talstraße

Grünstreifen Fußweg Awerwetters Feld:

Werner-von-Siemens-Straße
Forstweg
Regenrückhaltebecken Kruseweg/Schauenroth:
Grünanlage Hohe Linde

**4. KiTa-Standort aufgrund der Baugebiete "Südlich Panoramabad" und "Südlich Schulzentrum"/ Standort einer KiTa in Modulbauweise
Vorlage: BV/212/2022**

Erster Stadtrat Herzberg weist darauf hin, dass eine zeitnahe Entscheidung in Bezug auf den KiTa-Standort dringend geboten sei. Von der Entscheidung hänge unter anderem der Startzeitpunkt der Vermarktung der Grundstücke in den neuen Baugebieten „Südlich Schulzentrum“ und „Südlich Panoramabad“ ab. Die Kinderbetreuung müsse vor Beginn der Vermarktung geregelt sein.

Es können nur die hier aufgezeigten Standorte realisiert werden.

Ratsherr Sprekelmeyer sehe die Angelegenheit deutlich entspannter als Erster Stadtrat Herzberg. Zum einen sei das Baugebiet noch gar nicht fertiggestellt. Zum anderen stelle die derzeit praktizierte Containerlösung eine gute vorübergehende Lösung dar.

Im letzten Jahr wurde der politische Beschluss gefasst, die Kita außerhalb der neuen Baugebiete zu platzieren. Seitens der Verwaltung wurden seinerzeit acht geeignete Standorte vorgeschlagen. Er findet es verwunderlich, dass heute nur noch fünf Standorte zur näheren Betrachtung angeboten werden. Von den heute vorgeschlagenen Standorten eignen sich seiner Meinung nach nur zwei, und zwar der „grüne Finger“ und der Standort der Michaelisschule.

Ratsherr Sprekelmeyer präferiert jedoch den Standort Südring/Papiermühle und wünscht sich eine nähere Betrachtung dieses Standortes.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass der Standort Südring/Papiermühle sich nach eingehender Prüfung unter anderem aufgrund der topographischen Gegebenheiten und der verkehrlichen Situation als nicht gut geeignet erwiesen habe. Zudem habe die Stadt keinen unmittelbaren Zugriff auf die Flächen. Bei den heute vorgeschlagenen Flächen liege jeweils eine Verkaufsbereitschaft der Eigentümer vor.

Ratsherr Sprekelmeyer merkt an, dass der Standort „der grüne Finger“ topografisch dem Standort Südring/Papiermühle ähnlich sei.

Ratsfrau Weckermann betont, dass die Politik sich damals gegen die Bebauung des „grünen Fingers“ entschieden habe. Sie plädiert für einen KiTa-Standort in der Nähe einer Schule. Das könne positive Synergien entfalten. Im Notfall könnten sich die benachbarten Einrichtungen gegenseitig unterstützen. Für die Eltern, die mehrere Kinder haben und diese mit dem Auto zur Schule und/oder in die KiTa bringen, sei ein zentrierter Standort von großem Vorteil.

Der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan im Bereich der Michaelisschule werden derzeit überarbeitet. Der optimale KiTa-Standort sei dort, wo die Verwaltung derzeit ein Mischgebiet vorsehe.

Die gesamte Thematik sei unabdingbar mit dem Fachbereich III zu erörtern und abzustimmen.

Ratsherr Bölscher fragt, worin genau das Problem bei dem Standort Südring/Papiermühle bestehe.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass die Fläche ein nicht unerhebliches Gefälle aufweise. Es sei zu befürchten, dass die Aufarbeitung der Fläche einen enormen Aufwand bedeuten würde.

Ratsherr Müller habe damals die Fläche am Südring/Papiermühle vorgeschlagen. Nunmehr ist er auch der Meinung, dass die Fläche aufgrund der Topographie ungeeignet sei. Die Fläche westlich der Minigolfanlage sei ein guter Standort. Der Standort sei aus allen Richtungen, sowohl aus der Innenstadt als auch aus dem neuen Baugebiet, gut erreichbar. Eine KiTa in unmittelbarer Nähe einer Schule findet Ratsherr Müller schwierig. Dies könne zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen und somit den Verkehr beeinträchtigen.

Ratsfrau Weckermann sehe das verkehrliche Problem nicht, da der Parkplatz von der Schule separiert sei.

Ratsherr Büter spricht sich für den Standort westlich der Minigolfanlage aus.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann schließt den Tagesordnungspunkt. Die Fraktionen wollen sich Mitte Januar mit der Thematik ausführlicher auseinandersetzen.

Ratsherr Sprekelmeyer wünscht sich weitere Informationen und eine Darstellung des Standortes Südring/Papiermühle.

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt keine Abstimmung.

**5. 78. FNP-Änderung „Bereich Michaelisschule,, - Abwägung -
Entwurfsbeschluss und Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und
der Träger öffentlicher Belange
Vorlage: BV/200/2022**

Erster Stadtrat Herzberg nimmt Bezug auf den vorherigen Tagesordnungspunkt und weist auf die Notwendigkeit der Anpassung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes hin, falls die KiTa im Bereich der Michaelisschule angesiedelt werden solle.

Ratsfrau Weckermann ist nicht mit der Ausweisung des Mischgebietes an der Graf-Stauffenberg-Straße einverstanden. Sie könne sich den Kindergarten auf dem Gelände der alten Schule vorstellen. Mit den anderen Bereichen gehe sie mit.

Ratsherr Lorenz führt aus, dass das Erweiterungsgebiet der Firma Wiemann viel zu nah an die Wohnbebauungen komme. Die gewohnten Wohnverhältnisse würden durch die höheren

Lärmgrenzen beeinträchtigt werden. Hier bestehe ein Konfliktpotenzial. Er schlägt vor, den Kindergarten auf dem alten Schulgelände der Michaelisschule zu bauen.

Vorsitzender Beermann gibt den Vorsitz an Ratsherrn Sprekelmeyer für eine Wortmeldung ab.

Ratsherr Beermann findet, dass der Abstand zwischen der Grenze der Flächennutzungsplanänderung (schwarz eingerahmt) und der grauen Fläche auf dem Plan nicht groß sei. Das angedachte Mischgebiet sei genau richtig an der Stelle. Mit dem Mischgebiet solle ein Übergang zwischen dem Ortskern und dem Wohnbereich hergestellt werden.

Vorsitzender Beermann geht die Abwägungstabelle durch.

Ratsherr Sprekelmeyer erinnert, dass im Rahmen der vorherigen Fachausschusssitzung von den anwesenden Bürgern beanstandet wurde, dass die Stellungnahmen der Bürger seitens der Verwaltung nicht berücksichtigt und nicht eingearbeitet werden. Im konkreten Fall liegt ein Bürgereinwand vor, welcher eingearbeitet wurde. Dies widerlege die Aussage, dass die Verwaltung die Stellungnahme der Bürger grundsätzlich missachte.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt zunächst über die Abwägung, den Entwurf und die Beteiligung der Träger der öffentlichen Belange abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

1. Die Behandlung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegen- und untereinander, wie im Verwaltungsvorschlag dargelegt beschlossen.

Folgende Beschlussempfehlungen werden bei 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich gefasst:

2. Der Entwurf der 78. Änderung des Flächennutzungsplanes wird mit folgenden Anpassungen und Änderungen
 - a) Reduzierung des Geltungsbereiches im nördlichen Bereich
 - b) Aufweitung der Fläche für den Gemeinbedarf in Richtung Osten und zusätzliche Darstellung als öffentliche Grünfläche unter Aufgabe der Wohnbaufläche (W)
 - c) Umwandlung der Wohnbaufläche (W) im Westen in Mischbaufläche (M)

mit der Begründung beschlossen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

6. Gesamtstädtische Analyse zur Standortfindung bzgl. Freiflächen-Photovoltaikanlagen
Vorlage: BV/226/2022

Erster Stadtrat Herzberg führt aus, dass die Konzeptionierung in zwei Schritten erfolgen soll. Zunächst soll im Hause eine Analyse zur Ermittlung der potenziellen Flächen durchgeführt werden. Im Anschluss sollen die verifizierten Flächen von einem externen Büro begutachtet werden. Sollten die Kapazitäten im Hause nicht ausreichen, würde die Politik in Kenntnis gesetzt werden. Ein neuer Vorschlag für die weitere Vorgehensweise würde ausgearbeitet werden.

Ratsherr Sprekelmeyer unterstützt den Vorschlag, zunächst eine hausinterne Prüfung durchzuführen. Er hält es für sinnvoll, die Landwirtschaftskammer von Anfang an zu beteiligen.

Den vorgelegten Kriterienkatalog von Walsrode findet er gut. Für die Stadt Georgsmarienhütte müsste dieser jedoch angepasst werden. Er schlägt vor, den Kriterienkatalog parallel zur Prüfung der Flächen zu überarbeiten.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass die tangierten Behörden, wie die Landwirtschaftskammer, parallel beteiligt werden können. Dennoch habe die Verwaltung zunächst eine interne Prüfung der Flächen vor. Das Ausarbeiten einer Richtlinie solle im Anschluss erfolgen.

Ratsherr Büter begrüßt, dass die Verwaltung das Thema vorantreiben möchte. Er fragt, ob die Flächen gleichzeitig auf die Geeignetheit für die Windkraftanlagen geprüft werden könnten.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass die Verwaltung ständig die Augen nach geeigneten Flächen für Windkraftanlagen offen halte. Nach dem jetzigen Stand liegt im Stadtgebiet keine geeignete Fläche dafür vor. Wenn die Rechtslage sich ändert, dann könnten eventuell zwei Flächen in Betracht kommen. Er gehe jedoch davon aus, dass in so einem Fall die Investoren unverzüglich auf die Stadt zukommen werden.

Ratsfrau Weckermann begrüßt die vorgeschlagene Vorgehensweise der Verwaltung. Den Kriterienkatalog von Walsrode findet sie auch gut.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 13 Ja-Stimmen einstimmig gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Analyse zur Ermittlung der potentiellen Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen durchzuführen.

**7. Antrag auf Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 256
"Rittergut Osthoff"
Vorlage: BV/234/2022**

Erster Stadtrat Herzberg führt aus, dass der Verwaltung ein Antrag auf Befreiung von örtlichen Bebauungsfestsetzungen vorliege. Es handelt sich um den Bebauungsplan Nr. 256 „Rittergut Osthoff“. Der Antragsteller beabsichtige die Errichtung einer Wohnbebauung mit vier Wohneinheiten und die Errichtung eines Garagengebäudes für vier Kraftfahrzeuge.

In dem Bereich sei eine Wohnbebauung zulässig. Die ursprüngliche Planung des Gebäudes habe jedoch deutlich die Baugrenzen überschritten. Es konnte ein Konsens zwischen der Verwaltung und dem Bauherrn gefunden werden. Die Planungen des Gebäudes seien angepasst worden. Nach der jetzigen Planung finde nur eine geringfügige Überschreitung der Baugrenze statt.

Ratsherr Lorenz bemängelt, dass der Bebauungsplan der Beschlussvorlage nicht beiliege.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass der Beschlussvorlage ein Auszug aus dem Bebauungsplan beiliege.

Ratsherr Lorenz beantragt die Vertagung auf die nächste Sitzung und die Beifügung des Bebauungsplanes.

Erster Stadtrat Herzberg erwidert, dass der Bebauungsplan den Fraktionen zur Vorbereitung der Sitzung vorgelegen haben müsse. Es sei kein Grund für die Vertagung des Tagesordnungspunktes gegeben. Der Bebauungsplan ist öffentlich zugänglich.

Ratsherr Lorenz antwortet, dass den politischen Gremien bisher zur Vorbereitung derartiger Entscheidungen stets ein Lageplan, Bebauungsplan und Grundriss zur Verfügung gestellt wurden. Zu diesem Punkt wurden diese Dokumente nicht vorgelegt.

Ratsherr Sprekelmeyer sieht sich imstande zu beschließen. Die Unterlagen seien ausreichend. Er findet es gut, dass ein Konsens gefunden worden sei. Die unerhebliche Überschreitung der Baugrenze sei tolerierbar.

Ratsherr Büter findet das Vorhaben schön. Der Umgang mit solchen Fallkonstellationen soll grundsätzlich überdacht werden. In letzter Zeit wurde oft den Ein- oder Zweifamilienhausbesitzern ein geringfügiger Anbau aufgrund der Überschreitung der Baugrenzen verwehrt. Zudem werden nicht alle Anträge dieser Art im Fachausschuss beraten.

Erster Stadtrat Herzberg erwidert, dass die Verwaltung nie alleine über eine Befreiung entschieden habe. Die Fälle, bei welchen eine Befreiung grundsätzlich möglich war, seien stets im Fachausschuss beraten worden. Diese Vorgehensweise binde die personellen Kapazitäten der Verwaltung. Für die Zukunft müsse überlegt werden, ob jede kleine Befreiung in der Politik diskutiert werden müsse.

Ratsherr Sprekelmeyer findet die Beratungen über die Befreiungen im Rahmen des Fachausschusses gut. Dies solle so beibehalten werden.

Erster Stadtrat Herzberg findet, dass die Verwaltung grundsätzlich sehr großzügig mit den Befreiungsanträgen umgehe. In der Regel kenne der Hauskäufer den Bebauungsplan vorher und wisse, was auf seinem Grundstück realisierbar sei. Eine Befreiung sei ein großes Entgegenkommen seitens der Verwaltung. Bei einem veralteten Bebauungsplan, der möglicherweise überholt sei und nicht den aktuellen Anforderungen entspreche, könne über eine Befreiung nachgedacht werden. In übrigen Fällen sei es ein großes Entgegenkommen der Verwaltung.

Ratsherr Büter kennt Fälle, in denen eine Befreiung angestrebt werde. Er werde den Eigentümern empfehlen, bei der Stadt vorstellig zu werden.

Ratsherr Müller findet, dass eine Einzelfallentscheidung zu jedem Befreiungsantrag richtig sei.

Ratsherr Dr. Ferié merkt an, dass in den Grundrissplänen unten rechts der Name Kassermann auftauche. In der Nähe befinde sich der Reiterhof Kassermann. Fraglich sei, für welche Nutzung das neue Gebäude errichtet werden solle.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass die Fläche nicht als Gewerbefläche ausgewiesen sei. Den Plänen nach gehe er davon aus, dass das Gebäude als Wohnraum genutzt werde.

Ratsherr Lorenz führt aus, dass der Kotten neugebaut werden sollte als ein Wohnhaus und nicht als Vierparteien-Vermietungsobjekt. Fraglich ist, ob die im Plan angedeutete Erschließung dieses Objektes in der Art zulässig sei. Er bittet den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Ratsfrau Weckermann fügt hinzu, dass die Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes beim Nichtvorliegen des Bebauungsplanes nicht geprüft werden könne.

Vorsitzender Beermann fragt, um welche Art von Anfrage es sich hier handle und ob die Verwaltung eine Antwort innerhalb einer bestimmten Frist geben müsse.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass die Bauvoranfrage abgelehnt worden sei. Der Bauherr habe einen Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen gestellt, damit im Anschluss ein Bauantrag gestellt werden könne. Der Antragsteller habe ein begründetes Interesse an einer schnellstmöglichen Antwort.

Die Zuwegung solle über den südlichen Harderberger Weg führen, der derzeit als ein Waldweg ausgebaut sei. Die Größe des Weges werde nicht erweitert. Dazu habe ein Antrag auf Ausweitung der Ausweichbuchten vorgelegen. Dieser wurde abgelehnt, da hierfür Eingriffe in die Natur erforderlich gewesen wären.

Auf dem Grundstück solle eine entsprechende Parkplatzanlage errichtet werden. Die überbaubare Fläche werde eingehalten. Anderenfalls würde der Landkreis den Bauantrag verwehren.

Vorsitzender Beermann fragt, ob keine Beschlussfassung als eine Befürwortung des Vorhabens gedeutet werden könne.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass das nicht der Fall sei.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Es stimmen 2 Mitglieder dafür, 3 dagegen und 8 Mitglieder enthalten sich. Somit wird der Antrag abgelehnt.

Vorsitzender Beermann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird mit 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich gefasst:

Dem Befreiungsantrag zur Überschreitung der Baugrenzen wird zugestimmt.

**8. Energie- und klimapolitisches Leitbild für die Stadt Georgsmarienhütte
Vorlage: BV/223/2022**

Erster Stadtrat Herzberg erläutert, dass der Rat der Stadt Georgsmarienhütte die Einführung eines Energiemanagementsystems beschlossen habe. Zum Erlangen der angestrebten Zertifizierung muss ein kommunales energie- und klimapolitisches Leitbild erstellt werden. Das liegt hier im Entwurf zur Beratung vor.

Ratsherr Sprekelmeyer fragt, welche Vorteile sich konkret für die Stadt ergeben würden.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass jedes Leitbild eine Art Selbstbindung darstelle. Man sei jedoch nicht gezwungen sich stets an das Leitbild zu halten. Es solle Grundsätze und Ziele für ein Handeln aufstellen, an dem sich die Verwaltung orientieren solle. Das Leitbild biete für einen selbst eine Orientierung für die zukünftigen Beratungen.

Ratsherr Kremer sieht das Vorhaben positiv. Den zweiten Halbsatz in der Beschlussvorlage „unter Beachtung der wirtschaftlichen und personellen Leistungsfähigkeit der Stadt“ würde er gerne streichen.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass es wenig bringe, Beschlüsse zu fassen, die man nicht umsetzen könne. Auch wenn der Zusatz nicht im Beschluss enthalten sei, würde eine Maßnahme angesichts fehlenden Personals oder fehlender Finanzierungsmöglichkeiten nicht umgesetzt werden.

Ratsherr Müller befürwortet den Beschlussvorschlag. In Sachen Klimaschutz habe sich die Stadt in den letzten Jahren deutlich verändert. Ein Leitbild gebe Maßstäbe vor. Was am Ende tatsächlich realisiert werden könne, hänge von vielen Faktoren ab.

Vorsitzender Beermann merkt an, dass das Leitbild ein Bestandteil von dem ist, was man vor längerer Zeit bereits beschlossen habe. Das Leitbild sei ein Bestandteil des Gesamtkonzepts.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den Vorschlag der Streichung des zweiten Halbsatzes abstimmen. Diesem wird bei 4 Enthaltungen und 9 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Vorsitzender Beermann lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird bei 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich gefasst:

Das energie- und klimapolitische Leitbild für die Stadt Georgsmarienhütte wird als Selbstbindung beschlossen.

9. Gehweganlage im Grünstreifen zwischen Im Loh und Düteweg Vorlage: BV/236/2022

Am 14.07.2022 wurde beschlossen, die Maßnahme „Grünzug zwischen im Loh und Düteweg“ in einem geringeren Umfang mit städtischen Mitteln umzusetzen.

Am 20.09.2022 hat ein Ortstermin unter der Teilnahme der Anliegerinnen und Anlieger des Grünzuges und der Vertreter des Fachausschusses stattgefunden. Die Anliegerinnen und Anlieger haben sich zuvor an die Verwaltung gewandt, weil sie mit der Gestaltung der Umsetzung nicht einverstanden waren. Es wurden einige Kritikpunkte vorgetragen, wie die hohen Kosten. Zudem wurde moniert, dass die Breite des Weges dazu führen könnte, dass die Fahrradfahrer die Strecke zu schnell passieren, was eine Gefahr für die dort spielenden Kinder darstelle. Vor dem Hintergrund der Energiekrise wurde zudem die angedachte Beleuchtung kritisiert.

Die Anliegerinnen und Anlieger wünschen sich vielmehr eine Aufwertung mittels zusätzlicher Bepflanzung (Bäume, Blühwiesen) und Schaffung zusätzlicher Sitzmöglichkeiten. Zudem könnte die Drainage verbessert werden, damit der Weg nicht so sumpfig ist.

Es gab unterschiedliche Ansichten der Fachausschussmitglieder, die in den Beschlussvorschlag eingearbeitet wurden und heute zur Beratung stehen.

Ratsherr Spreklemeyer ist sehr unzufrieden mit dem Beschlussvorschlag. Das sei ein Schlag ins Gesicht für die Dorfpaten und die Bürger, die sich in die Planung eingebracht haben. Der Vorschlag der Verwaltung habe nichts mit der ursprünglich geplanten Aufwertung gemeinsam. Die aktuelle Planung spiegele den Willen der Bürger nicht wider.

Den Vorschlag, vor dem Hintergrund der Energieknappheit auf die Beleuchtung zu verzichten, unterstütze er. Auch die Dorfpaten seien damit einverstanden. Er schlägt dennoch vor, den Beschlussvorschlag dahingehend anzupassen, dass ein wassergebundener Weg in einer Breite von 1,20 - 1,50 Meter angelegt werde.

Ratsherr Büter teilt die Meinung von Ratsherrn Spreklemeyer nicht. Er findet, dass die Umsetzung der Maßnahmen mit städtischen Mitteln, die ursprünglich als eine Fördermaßnahme angelegt war, jedoch keine Zuwendung erhielt, ein falsches Signal sende. Es müsse geklärt werden, wie zukünftig mit den abgelehnten Maßnahmen umgegangen

werde. Fraglich sei, ob jede vom Fördermittelgeber abgelehnte Maßnahme mit städtischen Mitteln umgesetzt werden solle.

In dem Ortstermin am 20.09.2022 habe sich die Mehrheit gegen die Umsetzung der Maßnahme ausgesprochen. Die Mehrheit möchte in dem Bereich gar keinen Weg haben. Das Geld könne besser in andere Fahrradwege (unter anderen in Holzhausen) investiert werden.

Er spricht sich gegen die Umsetzung der Maßnahme aus.

Ratsherr Bölscher nimmt Bezug auf den Wortbeitrag des Ratsherren Sprekelmann und führt aus, dass der vorgelegte Beschlussvorschlag nicht weit genug gefasst und so nicht zustimmungsfähig sei. Der in der Beschlussvorlage aufgeführte Kompromiss eines befestigten Fußweges von zumindest 1 m Breite fehle in der Beschlussempfehlung. Im Übrigen könne der Weg auch so gebaut werden, dass daraus keine Fahrradrennstrecke entstehe.

Ratsfrau Weckermann werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Wenn der Weg eine hohe Relevanz hätte, hätte sich im Laufe der Jahre ein sichtbarer Trampelpfad herausgebildet. Das sei nicht der Fall. Das Geld solle besser in die tatsächlich gewollten und erforderlichen Radwege investiert werden.

Erster Stadtrat Herzberg ergänzt, dass der Grünstreifen überwiegend als eine Auslaufläche und Spielfläche für die Kinder diene.

Ratsherr Müller unterstützt die Umsetzung in einer abgespeckten Form. Das Geld könne bei der aktuellen Haushaltslage woanders besser investiert werden.

Ratsherr Dierker fragt, welches Budget nun zur Verfügung stehe.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass 50.000 Euro zur Verfügung stünden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über die Änderung des Beschlussvorschlages, wie von Ratsherrn Sprekelmeyer vorgeschlagen, abstimmen.

Mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen wird der Änderungsvorschlag angenommen.

Vorsitzender Beermann lässt über die von Ratsherrn Büter vorgeschlagene Änderung, der Streichung der Maßnahme, abstimmen.

Bei 3 Ja- Stimmen und 10 Nein-Stimmen wird der Vorschlag abgelehnt.

Vorsitzender Beermann lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird bei 10 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich gefasst:

Der Grünstreifen wird entsprechend der Ergebnisse der Anliegerversammlung vom 20.09.2022 aufgewertet, indem neue Sitzmöglichkeiten geschaffen, neue Bäume gepflanzt sowie Blühwiesen und ein wassergebundener Weg in einer Breite von maximal 1,2 Meter angelegt werden. Die Drainage ist entsprechend der technischen Möglichkeiten zu verbessern.

10. Beantwortung von Anfragen

10.1. Fertigstellung des schalltechnischen Gutachtens zum OKE-B-Plan

Ratsfrau Funke fragt per E-Mail an, wie weit die Fertigstellung des schalltechnischen Gutachtens zum OKE-B-Plan sei.

Antwort der Verwaltung:

Das schalltechnische Gutachten wurde beauftragt. Hier gab es im Vorfeld Absprachen mit der Landesstraßenbehörde, da die Stadt auf Daten von dieser bzgl. der B 51 angewiesen ist. Diese Daten liegen bis heute nicht vor. In mehreren Gesprächen wurde versichert, dass der Stadt kurzfristig Daten zur Verfügung gestellt werden. Dieser Zustand besteht nun seit mehreren Monaten. Nicht nur die Stadt, sondern auch der Schallgutachter ist mittlerweile mit der Landesbehörde im Gespräch, doch die Situation ist unverändert.

Die Beantwortung der Anfrage ging Frau Funke am 15.12.2022 per E-Mail zu.

10.2. Gespräche mit den Grundstückseigentümern und Nutzern, OKE-B-Plan

Ratsfrau Funke fragt per E-Mail an, was die Gespräche mit den Grundstückseigentümern und Nutzern ergeben haben.

Antwort der Verwaltung:

Bevor nicht bekannt ist, was auf Grund von Schallimmissionen alles beachtet werden muss, wird ein Gespräch für nicht zielführend erachtet, da nicht konkret gesagt werden kann, was überhaupt möglich ist. Zum Hintergrund: Es ist davon auszugehen, dass sich die Schallwerte, die für den vorhandenen Bebauungsplan ermittelt wurden, geändert haben. Dieses hängt damit zusammen, dass die B 51 bislang nicht mitbetrachtet wurde, Verkehrslärm auf Grund von veränderten Verkehrszahlen sich ändern kann und die angedachte Zweigleisigkeit des Haller Willem bereits prognostiziert wird.

Die Antwort ging Frau Funke am 15.12.2022 per E-Mail zu.

10.3. Vorlage des Entwurfs zur Änderung des B-Plans (OKE-B-Plan)

Ratsfrau Funke fragt per E-Mail an, wann die Vorlage des Entwurfs zur Änderung des B-Planes im Ausschuss zu erwarten sei.

Antwort der Verwaltung:

Auf Grund der Verzögerungen bzgl. des schalltechnischen Gutachtens kann hierzu noch keine Auskunft geben werden.

Die Antwort ging Frau Funke am 15.12.2022 per E-Mail zu.

10.4. LKW-Durchfahrtsverbot Ludwig-Wolker-Straße

Ratsherr Bölscher fragt am 09.12.2022 per E-Mail an, ob an beiden Enden der Ludwig-Wolker-Straße LKW-Durchfahrtsverbotsschilder aufgestellt werden könnten.

An den Parallelstraßen „Kreuzstraße“ und „Im Loh“ stehen solche Schilder seit mehreren Jahren. Auch wenn die Ludwig-Wolker-Straße zu großen Teilen als Spielstraße ausgebaut ist und daher objektiv wenig attraktiv für LKW erscheint, verirren sich doch immer mal wieder ortsunkundige LKW-Fahrer in die Straße. Von der südlichen Einfahrtsseite ist die Gefahr größer, da dort zunächst eine reguläre 30km/h-Zone besteht. Als Anwohner habe er die Beobachtung auch selbst schon das ein oder andere Mal gemacht.

Um die drei Parallelstraßen (Kreuzstraße, Ludwig-Wolker-Straße, Im Loh) gleich zu behandeln und endgültig zu verdeutlichen, dass LKW nur die Von-Galen-Straße und die Sutthausen Straße nutzen sollen, wäre das Aufstellen von LKW-Durchfahrtsverbotsschildern für die Ludwig-Wolker-Straße sehr sinnvoll.

Antwort der Verwaltung:

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass die Anfrage an das Straßenverkehrsamt weitergegeben wurde. Es werde eine Abstimmung mit dem Tiefbau stattfinden.

Herr Baumann schlägt vor, die Baumaßnahmen in der Straße „Im Loh“ abzuwarten.

Vorsitzender Beermann fragt, ob eine temporäre Ausschilderung möglich wäre.

Erster Stadtrat Herzberg antwortet, dass aufgrund der Baumaßnahme „Im Loh“ vermehrt Lastwagen in die Ludwig-Wolker-Straße hineinfahren. Er würde prüfen, ob eine temporäre Ausschilderung sinnvoll wäre. Dazu könnten entsprechende Messungen (wie viele Lastwagen tatsächlich in die Straße hineinfahren) durchgeführt werden.

11. Anfragen**11.1. Erneuerung des Harderberger Weges**

Ratsherr Bölscher hat eine Frage zu den Baumaßnahmen an der Niedersachsenstraße, angrenzend an den Harderberger Weg. Warum sehe man keinen Bedarf, den Harderberger Weg zu erneuern?

Antwort der Verwaltung:

Herr Baumann erläutert, dass zunächst nur der Bereich der Niedersachsenstraße ausgebaut wurde, wobei auch ein kleiner Bereich des Harderberger Weges einbezogen worden sei. Dieser Bereich sei leider nicht näher betrachtet worden, da die Niedersachsenstraße baufälliger gewesen sei. Eine Betrachtung des Harderberger Weges müsste in einem neuen Projekt erfolgen, was derzeit aber nicht vorgesehen sei.

11.2. Gehweg Von-Galen-Straße

Ratsherr Bölscher erkundigt sich nach Ausgleichsarbeiten nach einer Kabelverlegung am Gehweg der Von-Galen-Straße.

Antwort der Verwaltung:

Herr Baumann erläutert, dass die Abnahme an der Stelle noch ausstünde. Sobald es personell möglich sei, werde in dem Zusammenhang eine Nachbesserung vom Verursacher gefordert.

11.3. Bunte Fahrräder im Stadtgebiet

Ratsherr Sprekelmeyer fragt, was es mit den bunten Fahrrädern, die im Stadtgebiet stehen würden, auf sich hätte.

Antwort der Verwaltung:

Erster Stadtrat Herzberg erläutert, dass es sich dabei um eine Aktion der Verkehrswacht um mehr Aufmerksamkeit für die Fahrradfahrer im Straßenverkehr handele.

11.4. Neubau und Betrieb der 380 kV-Höchstspannungsleitung

Ratsfrau Weckermann erinnert an die Zusendung der überarbeiteten Stellungnahme zu dem Planfeststellungsverfahren für den Neubau und Betrieb der 380 kV-Höchstspannungsleitung an alle Fraktionen. Dies sei noch nicht erfolgt.

Antwort der Verwaltung:

Erster Stadtrat Herzberg erläutert dazu, dass dies überprüft werde. Es sei davon ausgegangen, dass die Stellungnahme bereits mit der Ratspost versendet worden sei.

11.5. Begrenzungspfahl bei der Einmündung in die Veilchenstraße

Ratsherr Dr. Ferié führt aus, dass am Oberen Gartbrink bei der Einmündung in die Veilchenstraße die Autofahrer mehrfach an der Absperrung vorbei, zwischen der Laterne und dem Ackerland hindurchfahren sind. Dabei hatten sie tiefe Reifenspuren hinterlassen,

teilweise waren sie mit dem Chassis aufgelegt und mussten freigeschaufelt werden. Er fragt, ob in dem Bereich ein Begrenzungspfahl angebracht werden könnte.

Antwort der Verwaltung:

Eine Antwort wird vorbereitet.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.48 Uhr und bedankt sich bei den Teilnehmenden für die Mitarbeit.

gez. Beermann
Vorsitz

gez. Herzberg
i. A. Bürgermeisterin

gez. Böttge/Kocnev
Protokollführung